

Herausforderungen
und Perspektiven
für die Ausbildung
der jungen Generationen

Bildungsrepublik Deutschland

Hermann Gröhe

Leider habe ich zu selten Zeit, einen Elternabend in der Schule meiner Kinder zu besuchen. Aber wenn ich die Gelegenheit dazu habe, dann erlebe ich, dass sich bei Lehrern, Eltern und allen anderen Verantwortlichen die Erwartungen an die Schule ändern. Bildung ist nicht länger mehr nur in den politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft unseres Landes und in der wissenschaftlichen Forschung zur großen Herausforderung für unser Land geworden, sondern auch die tatsächliche Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ändert sich. Darauf wollen und müssen wir reagieren.

Die Suche nach neuen Antworten, die wir uns für dieses Jahr vorgenommen haben und die mit einer breiten Diskussion und Beschlussfassung auf dem Leipziger Parteitag im November enden soll, haben wir in der Gewissheit begonnen, dass der CDU in Bildungsfragen eine hohe Kompetenz zugestanden wird. Zahlreiche nationale und internationale Leistungsvergleiche wie IGLU, PISA und Bildungsmonitor zeigen: Wo die Union die Bildungs- und insbesondere Schulpolitik prägt, werden bessere Ergebnisse erzielt. Die CDU war auch der Treiber für die Reformen, die unser Bildungssystem im letzten Jahrzehnt wettbewerbsfähiger gemacht und den Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft verbessert haben. Aber damit dürfen und wollen wir uns angesichts veränderter Rahmenbedingungen und neuer Herausforderungen nicht zufriedengeben.

Eine immer komplexer werdende Arbeitswelt, in der einfachere Tätigkeiten verschwinden und der Umfang wissensbezogener Aufgaben zunimmt, verändert auch den Stellenwert von Bildung und schafft ein neues Bewusstsein für gute Bildung.

In weiten Teilen unseres Landes spüren wir schon heute die Veränderungen im Bevölkerungsaufbau. Wir werden weniger, weil mehr Menschen sterben, als geboren werden. Unser Land wird vielfältiger, weil immer mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei uns leben, und schließlich steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Jede einzelne dieser Entwicklungen bringt neue gesellschaftliche Herausforderungen mit sich: Zum einen zeigt der Fachkräftemangel in manchen Regionen und Branchen schon heute, dass sich der Kampf um Talente verschärft und damit auch der Druck auf die Bildungsinstitutionen steigt, gute und qualifizierte Absolventen hervorzubringen.

Aber der Rückgang an Kindern führt zum anderen auch zu Problemen bei der Planung von Schulstandorten und dem Einsatz von Lehrern. Wenn es in manchen Regionen nur noch zwei Drittel oder gar die Hälfte früherer Schülerzahlen gibt, kann das bestehende Netz von Schulen nicht unangetastet bleiben. Es muss an die neuen Gegebenheiten angepasst werden – vielleicht nicht ganz so drastisch wie bei einem Unternehmen, dem die Hälfte seiner Nachfrage ausbleibt. Aber ohne Veränderungen in den regionalen

Schullandschaften wird es nicht gehen. Damit verbunden sind immer schwierige Standortentscheidungen, bei denen Qualitätsfragen genauso beachtet werden müssen wie eine gleichmäßige regionale Verteilung der Schulen.

In manchen westdeutschen Städten und Regionen liegt der Anteil von Kleinkindern, deren Eltern zumindest zu einem Teil außerhalb Deutschlands geboren wurden, bei bis zu siebzig Prozent. Auch das ist eine gewaltige Aufgabe für unsere Bildungseinrichtungen, die es zwar auch schon bisher gab, die sich aber aufgrund der hohen Zahlen von Schulabbrechern in dieser Gruppe jetzt verschärft stellt.

Angesichts dieser großen Veränderungen stellen wir uns der Aufgabe, für die CDU eine Positionsbestimmung vorzunehmen und neue Antworten für die Zukunft zu geben. Wir wollen mit einem neuen bildungspolitischen Programm die Weichen dafür stellen, dass die Bildungsrepublik Deutschland Realität wird:

- mit einem Bildungssystem, in dem die vielfältig gebildete Persönlichkeit im Zentrum steht
- mit einer Gesellschaft, die den Wert der Bildung schätzt und um ihre kulturprägende Kraft weiß
- mit einer Gesellschaft, in der der Aufstieg durch Bildung jedem Menschen offensteht
- mit einer föderalen Ordnung, in der jede politische Ebene zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems ihren Beitrag leistet und ihre Verantwortung wahrnimmt

Nach unseren Vorstellungen zeichnet sich die Bildungsrepublik Deutschland durch ein modernes, leistungsfähiges, differenziertes Bildungssystem aus, das Bildung von Anfang an und ein Leben lang fördert. Es versteht sich als Quelle für Selbstständigkeit, Urteilskraft und Orientierung, als Schlüssel für individuelle Lebenschancen sowie gesellschaft-

liche und kulturelle Teilhabe. Darüber hinaus dient es als Motor für soziale und ökonomische Entwicklung und als Weg zur Integration.

Wenn wir die Bildungsrepublik weiter ausgestalten, wollen wir auch der Erwartung nach mehr Vergleichbarkeit bei der Organisation des Bildungssystems, den Bildungsstandards, den Bildungsplänen und den Schulabschlüssen Rechnung tragen. Dies ist eine Voraussetzung für bessere Mobilität in unserer Gesellschaft wie auch für die Akzeptanz der föderalen Ordnung in einer globalen Welt.

Grundsätze für bessere Bildung

1. Ausgangspunkt und Maßstab unserer Bildungspolitik ist der einzelne Mensch. Nach unserem christlichen Menschenbild ist er ein freies und verantwortliches Wesen, dem das Recht auf Bildung genauso zusteht wie der Anspruch auf Respekt für unterschiedliche Begabungen und eine mit der Reife wachsende Verantwortung für die Entfaltung der eigenen Talente. Die individuelle Förderung jedes Einzelnen, das Zutrauen in seine persönlichen Fähigkeiten und Anstrengungen sowie das jederzeitige Offenhalten des Weges zu besserer Bildung sind Ausdruck dieses Menschenbildes.
2. Qualität und Gerechtigkeit sind die Maßstäbe, an denen sich unsere Bildungspolitik orientiert. Die Qualität bemisst sich am erreichten Leistungsniveau und die Gerechtigkeit an den tatsächlichen Chancen, die ein Bildungssystem bietet. In einer offenen Gesellschaft bedeutet Gerechtigkeit, dass Leistung entscheidet und nicht Herkunft, Besitz oder Beziehungen. Deshalb wollen wir gute Start- und Aufstiegschancen für alle.
3. Zu guter Bildung gehören Wissen und Können, Einsicht und Erfahrung, Urteilskraft und Wertebewusstsein. Bildung stärkt Menschen, ihre vielfältigen Begabungen zu entfalten und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Dieses ganzheit-

liche Bildungsverständnis prägt unsere Bildungspolitik.

4. Ohne Bildung gibt es keine Kultur, ohne Kultur keine Bildung. Deshalb hat kulturelle Bildung überragende Bedeutung sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentfaltung als auch für das Selbstverständnis und die Entwicklung unserer Gesellschaft.

5. Bildung beginnt in der Familie und begleitet uns das ganze Leben. Die Entwicklung persönlicher Kompetenzen wie Kreativität, Kommunikationsfähigkeit, religiöser Bildung sowie ethischen und ästhetischen Urteilsvermögens ist gleichermaßen Gegenstand des Lernens in allen Lebensphasen wie die Aktualisierung von Wissen und fachlichen Kenntnissen und Kompetenzen.

6. Bildung und Erziehung sind eng miteinander verbunden. Deshalb hat die Schule neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag. Sie ergänzt und unterstützt die Erziehungsleistungen der Eltern. Wo diese elterlichen Erziehungsleistungen, aus welchen Gründen auch immer, gering ausgeprägt sind, bedarf es der Beratung und Hilfen für die Eltern. Sind Eltern dauerhaft außerstande, ihre Verantwortung wahrzunehmen, muss der Staat um der Kinder willen helfend eingreifen können. Nur so wird es gelingen, negative Zusammenhänge zwischen familiärer Herkunft und Bildungserfolg zu überwinden.

7. Frühkindliche Bildung und Erziehung in der Kindertagesstätte sind der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit und eine bessere Vorbereitung auf den Übergang in die Schule. Durch eine stärkere Verzahnung von frühkindlicher und schulischer Bildung wird der Bildungsaspekt der Kindertagesstätte gestärkt.

8. Jedes Kind und jeder Jugendliche verdient es, bestmöglich individuell gefördert zu werden. Ein differenziertes Bildungssystem bietet eine Vielfalt an Bildungswegen, die Durchlässigkeit und

Anschlussfähigkeit gewährleisten. In einer Zeit, in der Lernen in allen Lebensphasen gefordert wird, sind erworbenes Wissen und entwickelte Kompetenzen entscheidender als der Verweis auf die zunächst besuchte Schulart.

9. Der Erzieher- und Lehrerberuf gehört zu den besonders verantwortungsvollen und wichtigen Tätigkeiten in unserer Gesellschaft. Die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten und Schulen steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Engagement und den Qualifikationen der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer. Die Erzieher- und Lehrerausbildung hat deshalb für uns einen hohen Stellenwert.

10. Berufliche Bildung, vor allem die duale Ausbildung, ist eine Stärke des Bildungssystems in Deutschland. Sie trägt wesentlich zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit hierzulande bei. Jeder junge Mensch verdient eine Chance auf eine solche Ausbildung. Eine bessere schulische Vorbereitung ist dafür ein wichtiger Schritt. Auch die Berufsinformation und -vermittlung der Bundesagentur für Arbeit sollte an dieser Stelle die beruflichen Weichenstellungen mit unterstützen. Die Qualität und Attraktivität der beruflichen Bildung steigen durch eine laufende Modernisierung der Ausbildungsberufe und die konkrete Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung. Dies gilt auch für deren internationale Ausrichtung.

11. Die Bedeutung der Kommunen als Träger von Bildungseinrichtungen ist deutlich gewachsen. Sie sind in der Verantwortung, sich als starke Bildungspartner vor Ort aufzustellen. Kommunale Partnerschaften und kommunales Bildungsmanagement leisten einen wichtigen Beitrag, damit die Bildung und die Erziehung unserer Kinder noch besser gelingen. Die frühkindliche und die außerschulische Bildung genauso wie die Weiterbildung sind wichtige Bausteine

zur Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften.

12. Wir bekennen uns zur Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die seit März 2009 in Deutschland gilt und die wir schrittweise umsetzen werden. Wir wollen, dass mehr behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam lernen. Zur bestmöglichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen streben wir so viel Integration wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig an.

13. Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat im internationalen Wettbewerb an Anziehungskraft gewonnen. Dazu hat insbesondere die Exzellenzinitiative beigetragen. Zu einer zukunftsfähigen Entwicklung des Wissenschaftssystems gehören weitere Schritte der Internationalisierung, damit Deutschland attraktiv ist für Talente aus aller Welt.

Die Umsetzung dieser Grundsätze in praktische Politik ist eine große Aufgabe. Sie muss ganz besonders vor Ort in den Ländern und Kommunen auf den Weg gebracht werden. Wir bekennen uns damit ausdrücklich zum Subsidiaritätsprinzip und betonen den hohen Stellenwert, den ein enges Band zwischen der örtlichen Gemeinschaft und den Bildungseinrichtungen hat. Denn zusätzlich zu stabilen Rahmenbedingungen braucht eine gute Bildung immer verlässliche Partner. Neben Eltern, die ihre Kinder unterstützen und immer wieder motivieren, sind es gerade auch die lokalen Sport- und Freizeitvereine, die Kirchen und die örtliche Wirtschaft, die für eine erfolgreiche Bildungslandschaft wichtig sind. Im engen Zusammenwirken dieser Partner sehen wir deshalb eine wichtige Aufgabe bei der Weiterentwicklung und im Ausbau des Bildungssystems. Das heißt nicht, dass sich der Bund aus der Verantwortung zurückzieht. Im Gegenteil: Neben einer Politik der klaren Zuständigkeiten

treten wir als CDU auch für sinnvolle Kooperationen ein. Gerade dort, wo es Probleme bei der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, vor allem im Hinblick auf die gewünschte bessere Vergleichbarkeit bei den Bildungsinhalten und -abschlüssen sowie in der Abstimmung mit dem Bund, gibt, wollen wir Hindernisse einvernehmlich abbauen.

Qualifikation der Ausbilder und verlässliche Bedingungen

Entscheidend für den Erfolg ist zuallererst die Qualität der Arbeit in den Bildungseinrichtungen. Sie hat Priorität, sei es in der Kindertagesstätte, in der Schule oder an der Hochschule: Immer kommt es darauf an, dass wir gute Erzieher, Lehrer oder Professoren haben. Sie sind es, die Bildung vermitteln und als Erzieher und Vorbilder auch die Persönlichkeit junger Menschen prägen. Deshalb wollen wir auch, dass diese Berufe eine bessere gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Wer Lehrer respektlos als „faule Säcke“ bezeichnet wie einst Gerhard Schröder, handelt schäbig, schadet der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und verkennt, dass sie zu den wichtigsten Berufen in unserem Land gehören, deren Wertschätzung nicht zuletzt auch die Berufswahl junger Menschen beeinflusst.

Fast ebenso wichtig für eine gute Entwicklung unserer Bildungseinrichtungen sind stabile und verlässliche Bedingungen, unter denen sie sich entwickeln können. Bildung verträgt keine sprunghafte Politik. Wir sehen, dass gerade in den unionsregierten Bundesländern, wo mit Augenmaß und Kontinuität die Bildungseinrichtungen qualitativ Schritt für Schritt weiterentwickelt werden, bessere Ergebnisse erzielt werden als in den Ländern, wo Rot-Grün auf dem Rücken von Schülern, Lehrern und Eltern ideologische Auseinandersetzungen zur Durchsetzung der Einheitsschule sucht. Dabei wissen wir – auch aus vielen Studien –,

dass diese Schulform ungerecht ist, weil die Menschen unterschiedliche Begabungen haben und nur ein differenziertes System in der Lage ist, individuell die Stärken des Einzelnen zu fördern und die Schwächen auszugleichen. Deshalb setzen wir auf Vielfalt und nicht auf rot-grüne Gleichmacherei. Ein differenziertes Schulsystem fördert den leistungsstarken Schüler, ohne die schlechten aus den Augen zu verlieren. Gerechtigkeit bedeutet für uns, die Menschen nach ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern. Ungleiches gleich zu behandeln ist die Theorie der Gleichmacherei. Das entspricht nicht unserem christlichen Menschenbild, nach dem die Begabungen unterschiedlich sind und jede dieser Begabungen Respekt und Förderung erfahren sollte.

Gegen rot-grüne Vereinheitlichung

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in vielen Teilen unseres Landes die Bereitschaft von Eltern, ihre Kinder an Hauptschulen anzumelden, ganz erheblich zurückgegangen ist. Mit dem Ziel, ein differenziertes und leistungsorientiertes, wohnortnahes Bildungsangebot auf Dauer zu sichern, hat eine Reihe von Bundesländern Schulformen entwickelt, in denen der Haupt- und Realschulabschluss unter einem Dach angeboten werden. Auch haben sich die zweigliedrigen Schulsysteme Sachsens und Thüringens als besonders leistungsfähig erwiesen. Ein attraktives, vor allem der Berufsvorbereitung dienendes Angebot neben dem Gymnasium, in dem der Haupt- und Realschulabschluss angeboten wird, an das sich aber neben der Berufsschule auch ein Weg zur allgemeinen Hochschulreife anschließen kann, stärkt das differenzierte Bildungswesen gegen rot-grüne Einheitsschulpläne. Allerdings wäre eine bundesweit einheitliche Bezeichnung für diese Schulform – etwa als Oberschule – wünschenswert.

Zugleich gilt, dass wir funktionierende Haupt- und Realschulen, aber auch integrative Schulformen respektieren, wo dies dem Elternwillen entspricht.

Neben einem leistungsfähigen allgemeinbildenden Schulsystem ist für den Erfolg unseres Landes gerade auch die duale Berufsausbildung in Schule und Betrieb ein Schlüssel für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die im europäischen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit bestätigt seine hohe Qualität. Diese wollen wir auch unter veränderten Vorzeichen erhalten und ausbauen. Denn auf die Begabungen und Talente unserer jungen Menschen werden wir in Zeiten des Fachkräftemangels noch weniger verzichten können. Mit dem neuen Ansatz der Bildungsketten betonen wir die Stärken jedes Einzelnen. Alle müssen einbezogen, keiner darf zurückgelassen werden.

Darüber hinaus machen wir Ernst mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung. Dabei ist es unser Ziel, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Geeignete Instrumentarien hierfür sind nicht nur die duale Berufsausbildung mit Abitur, sondern auch duale Studiengänge.

Mit unserem Antrag haben wir ein anspruchsvolles, aber notwendiges Konzept vorgelegt, das einen realistischen Weg aufzeigt, wie wir die neuen Herausforderungen auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland bewältigen wollen. Die CDU will damit die Rahmenbedingungen schaffen. Für die Umsetzung und das Gelingen vor Ort brauchen wir das Engagement und die Begeisterung der Erzieher, Lehrer, Kinder und Schüler genauso wie die Unterstützung der Wissenschaft, der Wirtschaft und vieler anderer. Dieser Antrag ist auch eine Einladung, daran mitzuwirken. Das kann beim nächsten Elternabend genauso beginnen wie bei einer Diskussion im Orts- oder Kreisverband.